

Merkblatt zur Gewährung von Leistungen für Gebärdensprachdolmetscher- Einsätze im Rahmen der begleitende Hilfe im Arbeitsleben (§ 185 SGB IX)

1. Geltungsbereich

Das Integrationsamt erbringt Geldleistungen für berufsbezogene Einsätze von Gebärdensprachdolmetschenden (GSD) im Rahmen der begleitenden Hilfe zur **Sicherung der Teilhabe** schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, soweit nicht ein Träger der Teilhabe nach Teil 1 des SGB IX vorrangig zur Leistung verpflichtet ist (§ 6 SGB IX).

Mit den Leistungen soll die **soziale Stellung** gesichert, die **Beschäftigung** auf Arbeitsplätzen, die eine Verwertung und Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Kenntnissen ermöglicht, gefördert und der Ausgleich von **Wettbewerbsnachteilen** erreicht werden.

Förderungsfähig sind berufsbezogene Einsätze zertifizierter GSD, die zur Sicherung eines bestehenden Arbeits- oder Dienstverhältnisses oder einer selbständigen Tätigkeit erforderlich sind. In Einzelfällen kann auf ausdrücklichen Wunsch des schwerbehinderten Menschen und des Arbeitgebers nach vorheriger Absprache mit dem Integrationsamt auf andere Kommunikationshilfen zurückgegriffen werden.

Die förderungsfähigen Kosten können wegen des unmittelbaren behinderungsbedingten Zusammenhangs bis zur vollen Höhe aus Mitteln der Ausgleichsabgabe übernommen werden.

2. Dienstleistung und Qualifikation

Vergütet wird das Dolmetschen von Deutscher Lautsprache in Deutsche Gebärdensprache (DGS) oder Lautsprachbegleitende Gebärden (LBG) sowie umgekehrt von DGS oder LBG in Deutsche Lautsprache ('Voicen').

GSD müssen in der Lage sein, den Dialog vollständig und sachgerecht zu übersetzen und über einen der folgenden Qualifikationsabschlüsse verfügen:

- Diplom-Gebärdensprachdolmetscher/in (Universität, Hochschule oder Fachhochschule)
- Bachelor (B.A.) / Master (M.A.) Gebärdensprachdolmetschen (Universität, Hochschule oder Fachhochschule)
- Staatl. geprüfte/r Gebärdensprachdolmetscher/in (Prüfungsstellen Darmstadt/ München)
- Geprüfte/r Gebärdensprachdolmetscher/in (IHK Düsseldorf)

Für die Arbeit der GSD findet die Berufs- und Ehrenordnung der Dolmetscher/-innen und Übersetzer/-innen des Bundesverbandes der GebärdensprachdolmetscherInnen Deutschlands e.V. (www.bgsd.de) Anwendung.

3. Vergütung von GSD Einsätzen

a) Dolmetschzeiten

Für die tatsächlich geleistete und nachgewiesene Dolmetschzeit:
42,50 € je angefangene halbe Stunde

Vor- und Nachbereitungszeiten werden nicht gesondert berechnet.

b) Fahrzeit und Wegstreckenentschädigung

Zur Ermittlung der Fahrzeit dienen die gängigen Routenplaner mit der Einstellung „Schnellste Route“ als Bemessungsgrundlage. Es gelten folgende Pauschalen:

Gesamte Wegstrecke

- bis 50 km 60,00 €
- 51 bis 100 km 100,00 €
- 101 bis 170 km 150,00 €
- ab 171 km 200,00 €.

Die Wegstreckenentschädigung richtet sich nach dem jeweils gültigen hessischen Reisekostengesetz. Sie beträgt zurzeit 0,35 € pro Kilometer.

Bei Nutzung von öffentlichen, regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln werden die tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Auslagen bis zur Höhe der entsprechenden Kosten für die Nutzung der zweiten Wagenklasse erstattet.

4. Ausfallkosten

Die Erstattung von Ausfallkosten erfolgt, wenn die Absage erst am Einsatztermin oder an einem der beiden vorhergehenden Werktage (Mo. - Fr.) mitgeteilt wurde.

Bei eintägigen Einsätzen gilt eine pauschale Erstattung mit einer beauftragten Dolmetschzeit

- bis zu einer Stunde 85,00 €
- bis zu drei Stunden 170,00 €
- von mehr als drei Stunden 255,00 €.

Bei mehrtägigen Einsätzen an aufeinanderfolgenden Tagen wird die Ausfallpauschale im o.a. Umfang auch für den zweiten Tag erstattet.

Wird der Einsatz vor Ort abgesagt und sind somit reale Kosten für Fahrt und Wegstrecke angefallen, so werden diese gemäß der Wegstreckenentschädigung (siehe Punkt 3b) erstattet.

Wird der Einsatz angetreten und durch unvorhersehbare Gründe vom Veranstalter und/oder schwerbehinderten Menschen abgebrochen, so können zusätzlich Ausfallkosten erstattet werden, sofern die Ausfallzeit mehr als drei Stunden betragen hat.

5. Abweichende Vergütungssätze

a) Online - Dolmetschen

Im Hinblick auf die Besonderheiten bei der Durchführung der Begleitenden Hilfe im Arbeitsleben kann die Dolmetschleistung auch im Rahmen einer Videokonferenz erfolgen. Für diese Dolmetschleistung via Internetverbindung (online) wird zusätzlich für die Einwahlzeit eine Pauschale in Höhe von 21,25 € pro Einsatz anerkannt.

b) Fremdsprache

Sofern die Kommunikation zwingend in einer Fremdsprache erfolgen muss und aufgrund eines behinderungsbedingt eingeschränkten Sprachverständnisses Transferleistungen in oder aus der Fremdsprache erforderlich werden, können im Einzelfall Mehrkosten berücksichtigt werden.

c) Berufseinsteiger

GSD-Berufseinsteiger erhalten in den ersten sechs Monaten nach Erhalt eines unter Punkt 2 anerkannten Berufsabschlusses einen um 10,00 € geminderten Vergütungssatz pro Stunde. Die Pauschalen für Ausfallzeiten verringern sich entsprechend auf 75,00 € / 150,00 € / 225,00 €. Die Online-Pauschale entspricht 18,75 €.

d) Pauschalsätze

Für ganz- oder mehrtägige oder regelmäßig wiederkehrende Einsätze können auf Initiative des Integrationsamtes abweichende Vereinbarungen mit GSD getroffen werden.

6. Doppeleinsatz

Ein Fall für eine Doppelbesetzung mit zwei Dolmetschenden liegt vor, wenn die Dolmetschzeit zusammenhängend länger als 60 Minuten dauert und keine Möglichkeiten zur Steuerung von Pausen oder Unterbrechungen durch den Dolmetschenden bestehen (z.B. Betriebsversammlungen).

Die Angemessenheit einer Doppelbesetzung bestimmt sich im Übrigen insbesondere nach folgenden Kriterien:

- Vier oder mehr Gesprächsteilnehmende – ohne den Dolmetschenden,
- Dolmetschen bei inner- wie außerbetrieblichen Aus- bzw. Fortbildungsmaßnahmen und Lehrgängen mit einem Theorieanteil von mehr als 50%.

Dabei ist eine Gesamtwürdigung der Kriterien unter besonderer Berücksichtigung der (voraussichtlichen) Dauer der Dolmetschzeit vorzunehmen.

In besonders gelagerten Fällen kann in gemeinsamer Abstimmung zwischen hörbehinderten Menschen, Dolmetschenden und Integrationsamt eine Doppelbesetzung vereinbart werden.

7. Umsatzsteuer

Sofern GSD verpflichtet sind, Umsatzsteuer abzuführen, ist die Umsatzsteuer zusätzlich erstattungsfähig. Der Umsatzsteuerbetrag muss auf der Rechnung gesondert ausgewiesen sein. Er gilt für die gesamte Rechnung, einschließlich der Fahr- und Parkscheine.

Der GSD hat jedoch zu prüfen, ob eine Umsatzsteuerbefreiung möglich ist und muss seine Bemühungen gegenüber seinem zuständigen Finanzamt auf Anfrage des Integrationsamtes darlegen.

Ausfallkosten sind generell nicht steuerpflichtig, einschließlich der ggf. angefallenen Entschädigung für eine vergebliche Anreise (z.B. Fahrtkosten, Fahrzeitpauschalen, Parkscheine). Es erfolgt daher keine Erstattung der evtl. berechneten Umsatzsteuer.

8. Nachweis und Abrechnung

Der Nachweis über die tatsächlich erbrachte Dolmetschzeit ist durch den/die Leistungsempfänger (hörbehinderte Person/en und Veranstalter/Arbeitgeber) zu erbringen und der Abrechnung beizufügen.

Die Abrechnung der entstandenen Kosten kann nach Absprache auch direkt zwischen Dolmetschenden und dem LWV Hessen Integrationsamt erfolgen.

Bei der Geltendmachung von Ausfallkosten sind zusätzlich noch folgende Angaben erforderlich:

- Datum des Auftrages und Name des Auftraggebers
- Datum der Absage und durch wen (Name) wurde abgesagt
- Grund der Absage

Abrechnungsformulare sind erhältlich auf der Internetseite integrationsamt-hessen.de unter folgendem Klickpfad: [Startseite](#) → [Schnelleinstieg](#) → [Gebärdensprachdolmetscher](#)

9. Geheimhaltungspflicht

Dem GSD obliegt die Geheimhaltungspflicht (Sozial-, Betriebs- und Geschäftsgeheimnis) im Sinne der §§ 213 SGB IX, 35 Abs. 1 SGB I.